



Schleswig-Holsteinischer Landtag
Umdruck 19/1320

www.frauennetzwerk-sh.de
kontakt@frauennetzwerk-sh.de
Tel. 0431 678830 · Fax 0431 665206

An den
Innen- und Rechtsausschuss des Schleswig-Holsteinischen Landtags
Frau Dörte Schönfelder
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Per eMail

12.09.2018

Schriftliche Anhörung des Innen- und Rechtsausschusses des Schleswig-Holsteinischen Landtags zum Entwurf eines Gesetzes zum Schutz und zur Sicherung von Wohnraum (Wohnraumschutzgesetz - WoSchG)

Gesetzesentwurf der Abgeordneten des SSW - Drucksache 19/721 Änderungsantrag der Fraktion der SPD - Drucksache 19/1143 (neu)

Sehr geehrte Frau Schönfelder,
sehr geehrte Damen und Herren,

mit der Zusendung des Schreibens vom 11. Juli 2018 ist das Frauennetzwerk zur Arbeitssituation e.V. aufgefordert worden, zum Gesetzesentwurf der SSW – Fraktion zum Wohnraumschutzgesetz Stellung zu nehmen.

Für diese Möglichkeit der Anhörung danken wir und möchten unsere Sicht wie folgt darstellen:

Der Verein Frauennetzwerk zur Arbeitssituation ist Trägerin des Bildungs- und Beratungszentrums für Frauen, der sich in erster Linie mit der Begleitung und Unterstützung von Ratsuchenden im Kontext der Erwerbsarbeit befasst. In unserer Fachberatung bieten wir die Begleitung im Prozess der beruflichen Orientierung sowie im Feld Gründung und Selbstständigkeit an. Dabei ist der ganzheitliche Ansatz unserer Beratung immer verknüpft mit der individuellen Situation und den familiären Hintergründen.

Auch das Lebensumfeld einer/s Ratsuchenden ist dabei von hohem Belang. Im Rahmen unserer Projektarbeit in IQ (Integration durch Qualifizierung, Bundesprojekt des Bundesarbeitsministeriums) beraten und begleiten wir Migrant*innen und geflohene Frauen bei ihrer beruflichen Perspektivenentwicklung und der Möglichkeit zur Anerkennung ihrer ausländischen Abschlüsse.

Als frauenpolitischer Bildungsträger, aber auch als Beratungsstelle für die Anerkennungsberatung von Migrantinnen und Migranten, sind unsere Ziele, Benachteiligung und Diskriminierung abzubauen.

Da zu wenig adäquater Wohnraum auf dem angespannten Immobilienmarkt zur Verfügung steht, ist ein Schwarzmarkt mit deutlich überhöhten Preisen entstanden. Das zwingt Wohnungssuchende häufig dazu, unter miserablen Bedingungen ein Mietverhältnis einzugehen.

Bisher gibt es zwar vom kommunalen Träger vorgegebene Höchstvorgaben für Raum und Mietkosten, nicht aber Mindestanforderungen an vermietete Räume. Es kann nicht sein, dass sich Menschen auf engstem Raum mit mehreren Personen unter menschenunwürdigen Bedingungen eine Wohnung teilen müssen. Deshalb müssen für die Mietung und Vermietung von Wohnraum Mindeststandards rechtlich verankert werden wie z. B. ausreichende Heizmöglichkeiten, Wasserversorgung, Sicherstellung trockener Wohnräume etc.

Wir unterstützen die Forderung nach einem Wohnraumschutzgesetz des SSW, damit die Personen, die oft schutzbedürftig und mehrfacher Diskriminierung ausgesetzt sind, angemessenen Wohnraum finden können. Zusätzlich sollte es jedoch auch staatliche Maßnahmen geben, den sozialen Wohnungsbau zu fördern.

In vielen Städten Deutschlands nimmt die Vermietung der eigenen Wohnung/ Haus über Portale wie z.B. airbnb immer mehr zu. Hier gibt es bereits auch gewerbliche Anbieter. Die Vermietung an Feriengäste und Tagestouristen führt dazu, dass Wohnraum in der Stadt knapp wird und somit zur langfristigen Miete nicht zur Verfügung steht. Hier sollte seitens des Landes überprüft werden, wie hoch der Anteil an diesen Ferienwohnungen in den Städten ist und ggf. diese Angebote begrenzen.

gez.
Stefanie Kohlmorgen
Stellv. Geschäftsführung